

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Herausforderung „Bologna“ zum Erfolg führen**

Vor zehn Jahren einigten sich die Bildungsministerinnen und -minister aus 30 europäischen Staaten in Bologna auf die Schaffung eines europäischen Hochschulraums bis zum Jahr 2010. Ziel des „Bologna-Prozesses“ ist es seitdem, dass Europa durch die Einführung eines gestuften Studiensystems aus Bachelor und Master mit europaweit vergleichbaren Abschlüssen, die Einführung und Verbesserung der Qualitätssicherung sowie die Steigerung der Mobilität im Hochschulbereich stärker zusammenwächst. Es sollten klar strukturierte Studiengänge unter dem Gesichtspunkt der Berufsfähigkeit und der Kompetenzorientierung entwickelt sowie die Studierbarkeit innerhalb der Regelstudienzeit erreicht werden. Bei dieser gestuften Ausbildung sollte der Bachelor der erste berufsqualifizierende Abschluss sein.

Nach zehn Jahren haben die Hochschulen im Land Bremen ihre Studiengänge bis auf sehr wenige Ausnahmen auf Bachelor und Master umgestellt. Damit gehören sie zu den führenden Hochschulen in Deutschland, die deshalb auch qualifiziert zu den Erfolgen und dem Nachbesserungsbedarf in diesem Prozess Stellung beziehen können. Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung hat auf seiner Sitzung am 4. November 2009 die Hochschulen im Land Bremen sowie das Studentenwerk Bremen zu den Erfolgen und Zukunftsherausforderungen befragt.

Im Wesentlichen wurden die mit dem Bologna-Prozess verfolgten Ziele erreicht. Dennoch gibt es Nachbesserungsbedarf – insbesondere sowohl in einer Reduzierung der Prüfungsdichte als auch der sogenannten Verschulung, um wieder mehr Freiräume für individuelle wissenschaftliche Entwicklungen und selbständige Lernen zu ermöglichen. Das Studium sollte wieder mehr Gelegenheiten für neue fachübergreifende wissenschaftliche Arbeiten und den Erwerb von Schlüsselqualifikationen bieten. Außerdem ist die nationale und internationale Mobilität durch geeignete Maßnahmen weiter zu steigern. Die Bremische Bürgerschaft hat in dieser Legislaturperiode die Verbesserung des Hochschulzugangs ohne Abitur und die Ausweitung der Möglichkeiten einer Anerkennung beruflich Qualifizierter beschlossen. Dies gilt es nun umzusetzen. Die Studienfinanzierung muss verbessert werden. Durch die hohe Verdichtung des Studiums wird eine Finanzierung des Studiums, die früher individuell durch eine Erwerbstätigkeit neben dem Studium möglich war, erschwert.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass die Hochschulen im Land Bremen die Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master sehr engagiert umgesetzt haben.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass es Nachbesserungsbedarf gibt und fordert den Senat auf, die Hochschulen bei den notwendigen Maßnahmen zu unterstützen. Dabei werden insbesondere folgende Herausforderungen als zentral angesehen:
 - a) Reduzierung der Prüfungsbelastung,
 - b) Ausweitung der Wahlmöglichkeiten und Reduzierung der „Verschulung“,
 - c) Verbesserung und Erweiterung der Mobilität.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Hochschulen auch bei folgenden Beratungs- und Umsetzungsprozessen zu unterstützen:
 - a) Überprüfung der Lehrinhalte bei der nächsten (Re-)Akkreditierung im Verhältnis von Fachtiefe, fachübergreifenden Qualifikationen und Schlüsselqualifikationen,
 - b) Flexibilisierung der Studienlänge innerhalb von Bachelor und Master,
 - c) Verbesserung des Zugangs zum Studium im Lebensverlauf für Zielgruppen unterschiedlicher Bildungsbiografien.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die soziale Absicherung der Studierenden so weiterzuentwickeln, dass sie auch Studierwilligen aus Elternhäusern, die keine ausreichende ökonomische Grundlage haben, ein Studium ermöglicht.

Silvia Schön,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sybille Böschen,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD